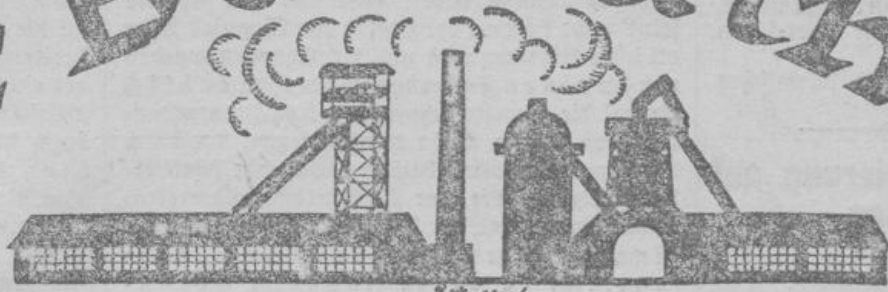


Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 4.50
ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt
bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle
Brüderweg 1 und der Druckerei Obergahen 51.

Samstag,
26. November 1921

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange auf-
genommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste
Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50
bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

48.
folge

Inhalt der Nummer:

Dr. Stresemann über die politische Lage.
Die erste Koalitionsregierung auf breiter
Grundlage. Von Josef Buchhorn, M. d. R.
Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von
Dr. Hans Kruse. (Fortf.)
Jugendbildung. Von Elie Wentcher, Bonn.
Zum Kampf um den Religionsunterricht. Von
O. Otto Everling, Nikolassee, M. d. R.
Das Volksschulwesen im Hauptausschuß des
Preussischen Landtages.
Kundgebung für Oberschlesien.
Der Demokratische Parteitag.
Ein lehrreiches Beispiel von Sozialisierung.
Die Not der Kriegsbeschädigten und Kriegs-
hinterbliebenen.
Die Verbindung zwischen Streit und Verbrechen.
Der Beweis.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

In seinem Bericht über die poli-
tische Lage auf dem Thüringer Parteitag
ging Abgeordneter Dr. Stresemann von
einer Zurückweisung der Schuldfrage aus.
Ohne eine Revision des Friedens von Versailles
sei es für uns unmöglich, an eine Zukunft des
deutschen Volkes zu glauben. Die Aufbringung
von 3½ Goldmilliarden im Jahre übersteige
jedes Vermögen des deutschen Volkes und der
deutschen Wirtschaft. Zu aktuellen Tagesfragen
nahm Dr. Stresemann dann wie folgt Stellung:
Im Zusammenhang mit den Bestrebungen dem
Reiche finanziell zu helfen, ist die Frage auf-
geworfen worden, wie man die Staatsbetriebe,
die unter dem steigenden Defizit arbeiten, wieder
zu Einnahmequellen gestalten könne. Ich stehe
auf dem Standpunkte, daß die Frage der
Änderung unseres Reichseisen-
bahn-Systems eine Frage von tief ein-
schneidender Bedeutung ist. Der Gedanke, es hat
keinen Sinn, daß wir Milliarden aufbringen,
wenn die Defizitwirtschaft nicht aufhört, ist für
mich entscheidend. Ob die vorgeschlagene Ände-
rung dazu führt, nun wirklich aus dieser Wirt-
schaft herauszukommen, ist fraglich. Ich bekenne
offen, wenn wir noch im alten Deutschland wären,

würde ich mich dagegen wehren, an dem Staats-
betriebe zu rütteln. Gegenüber dem Staats-
betriebe in der Form des heutigen Deutschland
habe ich jedoch Bedenken. Wir werden um so
mehr auf der Revision unserer Leistungsverpflich-
tungen bestehen müssen, weil man uns erneut
einer Grundlage unserer Wirtschaft beraubt hat
durch die Entscheidung über Oberschlesien. Was
das bedeutet, brauche ich wohl nicht darzulegen;
das werden Sie oft genug gehört und gelesen
haben. Wir hatten drei Grundlagen der deut-
schen Wirtschaft: Rheinland-Westfalen, Ober-
schlesien und Saargebiet. Das Saargebiet steht
unter französischer, Oberschlesien unter polnischer
Herrschaft. Rheinland und Westfalen unter den
Kanonen von Joch. Das ist die Situation des
heutigen Deutschland. Die Haltung des Deutschen
Reichstages in dieser Lage habe ich nicht ver-
standen. Daß man im Reichstag einen Einspruch
gegen diese Losreißung Oberschlesiens verweist,
daß sich eine Mehrheit findet, die einen solchen
Protest ablehnt, das dürfte einzigartig in der Ge-
schichte der Völker dastehen. Man kann hier zwar
nicht sprechen von einer antinationalen Gesin-
nung, wohl aber kann man sprechen von einem
vollkommenen Niederbrüche des natio-
nalen Verständnisses. Wenn wir keine
materielle Macht mehr haben, so hätten wir doch
gerade die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen
dürfen, um von unserer moralischen Macht Ge-
brauch zu machen. Der Reichstag hätte sagen
müssen in einem Saale mit schwarzen Fahnen,
er hätte einen nationalen Trauertag oder eine
nationale Trauerwoche einrichten müssen. Er
hätte nur einen Mann sprechen lassen dürfen, der
da sagen konnte: „Ich kenne keine Parteien
mehr!“ Dieser eine Tag hätte alle Deutschen zu
Demonstranten machen müssen. Ob mit diesem
unserem Volke Außenpolitik überhaupt zu treiben
ist? Durch unsere Haltung nehmen wir ja denen
im Auslande, die das Unrecht einsehen, die
Waffe, um für das Recht einzutreten! Für die
Haltung unserer Partei kommt dabei noch folgen-
des in Betracht: Wir gelten in Deutschland für
die Partei der deutschen Wirtschaft; es gibt aber
auch Größen der deutschen Wirtschaft, die bei an-
deren Parteien stehen. Ich würde mich stets da-
gegen verwahren, daß in der Deutschen Volks-
partei das Wirtschaftliche allein maßgebend wäre.
Es mag freilich Zeiten geben, in denen sich das
Wirtschaftliche in den Vordergrund drängt. Auch
in der öffentlichen Meinung des Auslandes heißt
es, die Deutsche Volkspartei spreche im Namen der
deutschen Wirtschaft. Wenn wir uns nun in die-
ser ober-schlesischen Frage mit einer Verwahrung
begnügen hätten, dann würde in Deutschland ge-
rade der Eindruck erweckt worden sein, daß sich
die Partei mit dieser Losreißung leicht abgefün-

den hätte. Daß die Deutschnationalen Nein sagen
würden, das wußte man. Unsere Stellung ist oft
die verantwortungsvollste, die es im Deutschen
Reichstage gibt. Wir waren bereit, einen Weg
zu gehen auch mit der Sozialdemokratie, aber
eines erwarteten wir, daß, wenn wir unsere
Rechtsverwahrung einlegten, die etwaige Ent-
scheidung eines Kommissars nicht die Anerkennung
der ober-schlesischen Entscheidung bedeutete. Wir
waren der Meinung, daß sich darüber ein neues
Kabinett einig sein müßte. Diese Einigung war
nicht zu erzielen, und aus diesem Grunde konnte
das Kabinett nicht zustande kommen. Hier mußte
gegenüber dem Schuldbekenntnisse das Nein
deutlich abgezeichnet sein. Ich bin der Meinung,
daß über Oberschlesien noch nicht das letzte Wort
gesagt worden ist. Ich denke dabei nicht an
Krieg; es gibt Zusammenbrüche auch ohne Krieg.
Ich sehe nicht ein, warum wir nicht sofort unsere
Ansprüche anmeldeten. Meine Kollegen, die hier
anwesend sind, wissen genau, wie die Dinge ge-
laufen sind. Wir haben über die Frage große
Meinungsverschiedenheiten gehabt. Ich sehe gar
nichts Belastendes darin; wir sind schließlich auch
Persönlichkeiten, die sich nicht ohne weiteres
beugen. Aber ich stelle das eine fest, daß in der
ober-schlesischen Frage beide Entscheidungen ein-
stimmig gefallen sind. In voller Einstimmigkeit
stand die Fraktion da. Ich konnte die Fraktion
nicht einmütiger hinter mir haben.

Ich komme damit zu der zweiten Frage: der
Frage der großen Koalition, wie sie jetzt in Preu-
ßen durchgeführt worden ist. Ich habe die feste
innere Überzeugung, daß dieser Weg einer mög-
lichst breiten Koalition der einzige Weg zur Ge-
sundung ist. Was uns geblieben ist aus allem
Zusammenbruch, ist das Reich. Das Reich kann
nur bestehen bleiben, wenn Bürgerkrieg und
innere Zersplitterung ein Ende nehmen. Ist das
Beste nicht erreichbar, so muß man nehmen, was
erreichbar ist. Es gibt viele bei uns, die sagen:
hier sind große, grundsätzliche Gegensätze; die von
der Linken sprechen: wie kannst du mit Monarchi-
sten zusammengehen, und viele von der Rechten:
wie kannst du mit Sozialdemokraten zusammen-
gehen. Wir haben kein Zwei-Parteien-System in
Deutschland. Wir müssen eben über die Fragen
hinaus, die später ausgetragen werden können,
wenn das Reich gefestigt ist. Bürgertum und So-
zialismus müssen sich die Wage halten; daß zwei
Lager sich gegenüberstehen in wilder Zers-
plitterung ist keine politische Lage, die auf die
Dauer erträglich wäre. Die Arbeitsgemeinschaft
einmal für die nächste Zukunft durchgeführt in
den Ländern und im Reiche, darin würde ich
zwar nicht die Gesundung, aber den Anfang oder
die Möglichkeit einer Gesundung erblicken. Wir
fordern die große Koalition und wir müssen sie

fordern. Jrgendwo muß der Anfang dazu gemacht werden. Es ist unendlich viel leichter, deutsche Volksparteipolitik in der Opposition zu machen; die Mitverantwortung kann auch die Partei belasten, kann ihre Existenz gefährden. Ich bin aber immer der Meinung gewesen, die Partei ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, dem Lande zu dienen, selbst wenn sie zerbricht, besser das Land den Nutzen und die Partei den Schaden.

Die Rede Dr. Stresemanns fand stürmischen Beifall.

Die erste Koalitionsregierung auf breiter Grundlage.

Von Josef Buchhorn,
Mitglied des Preussischen Landtages.

Die Tatsache steht fest: daß die erste Koalitionsregierung auf breiter Grundlage, um die die Einsichtigen unter uns schon lange gerungen haben, nunmehr Wirklichkeit geworden ist. Wirklichkeit gegen alle Schwierigkeiten, die der Schaffung einer solchen Gemeinsamkeitsfront von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei entgegenstanden, Wirklichkeit, weil die innere Notwendigkeit für die Schaffung einer solchen Einheitsfront stärker war als äußere Überlegungen...

In den Blättern, die einer solchen Koalitionsregierung auf breiter Grundlage zuwider waren, konnte man, nachdem sie gelungen war, lesen, daß zwischen dem Rücktritt der bisherigen schmalbassigen Regierung Stegerwald am 1. November nachmittags und der Erzwingung der neuen Regierung Braun am Abend des 5. November eine unwürdige Komödie gespielt worden sei, ein stetes Hin und Her von Beschluß, Verzicht auf Beschluß, wieder Beschluß und wieder Verzicht vor sich gegangen sei; daß ein Umfall, sonderlich bei der Deutschen Volkspartei, einen anderen abgelöst habe und daß rechter und linker Hand alles vertauscht gewesen wäre. Die solches geschrieben haben, haben nie den Ernst der Stunden empfunden, den alle diejenigen erlebt haben, die an

der Schaffung dieser neuen Regierung beteiligt gewesen sind. Einen Ernst, den das Verantwortungsgefühl vor dem ganzen Lande und dem ganzen Volk, vor Gegenwart und Zukunft auf jeden gelegt hat, der vor der Entscheidung über die Fragen stand: wie wird das Wagnis ausschlagen? wird es Bestand haben, oder nur eine Episode sein? und: lohnt der Einsatz das Wagnis? Aber all diese Überlegungen und Erwägungen wurden von der einen Forderung überdröhnt, endlich einmal die Verwirklichung des Koalitionsgebans auf breiter Basis durchzubiegen, um durch die Gemeinsamkeitsarbeit so verschieden schattierter Parteien, wie der Mehrheitssozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, zu einer inneren Ruhe und damit, hoffentlich, zu einer inneren Gesundung zu kommen. Das bedeutet für beide Parteien Zurückstellung viel lieber Wünsche, Zurückstellung manch' froh angespannter Hoffnungen; bedeutet ein Sich-Befcheiden in vielem, bedeutet ein Opfern-wollen und ein Opfern-müssen. Aber wichtiger als all das ist, im Hinblick auf die Not der Zeit, das Zusammenkommen und Zusammen-schaffen zu beginnen.

Was hat, frage ich, Schuld an dem Zusammenbruch unseres Volkes getragen? Schuld daran, daß wir nicht nach vorn und weiter gekommen sind? Doch nur dies: die innere Zerspaltung, die innere Zerküftung, die Fehdeansage eines Bruders gegen den anderen, der Hader der Klassen und der Hader der Parteien, die sich, anstatt sich näher zu rücken, immer mehr zerfleischt haben. Infolgedessen glaubte auch das Ausland, uns jedes Diktat anstinnen, glaubte dieses Ausland, mit uns spielen zu können, wie man mit einem schlappen, energielosen, willenlosen Menschen spielen kann. Also ganz nüchtern, aber klar, ohne „wenn“ und „aber“ lag das Problem so, daß die innere Zerküftung und Zerspaltung in unserem Volke über wunden und daß an Stelle dieser Zerrissenheit eine Ge-

schlossenheit gesetzt werden mußte. Dieses Problem ist oft schon überlegt, oft schon angepaßt, aber bisher nie durchgezwungen worden...

Im Reich waren die Vorarbeiten, den Block der Mitte in die Praxis umzusetzen, bereits weit gediehen. Da zerschlug das ober-schlesische Diktat all die fein gewirkten Gespinste und mit der Erweiterung der Regierungsgrundlage war es wieder einmal nichts. In Preußen waren diese Vorarbeiten womöglich noch weiter gediehen, aber durch die Vorgänge im Reich kamen sie auch hier zum Stillstand, und der Gedanke der großen Koalition schien nunmehr endgültig begraben.

Da wurden durch den von der Demokratischen Partei erzwungenen Rücktritt des Kabinetts Stegerwald am Nachmittag des 1. November alle Möglichkeiten wieder frei, diese große Koalition doch noch zu schaffen.

Ich will auf die Gründe, die die Demokratische Partei zu diesem Schritt veranlaßt haben, hier nicht weiter eingehen. Sie sind teils sachlicher, teils aber auch personeller Art gewesen. Sachlicher, weil nach ihrer Ansicht, wie es in dem Beschluß ihrer Landtagsfraktion heißt: „die jetzige Zweiparteien-Regierung nicht länger haltbar“ sei; personeller, weil bei den Überlegungen, die alte Koalition: Zentrum, Demokraten, Mehrheitssozialdemokraten, wieder erstehen zu lassen, den Wünschen der Herren um Dominicus nicht genügend Rechnung getragen worden ist. Aber, sei dem wie ihm wolle: Parteienstimmigkeiten, zumal in anderen Fraktionen, zu erörtern, ist müßig, müßig vor allem, nachdem das große Werk gelungen ist. Jedenfalls hat der durch die Demokratische Partei bewirkte Rücktritt des letzten Kabinetts die Bahn zu neuen Entschlüssen geöffnet...

Das Zentrum ließ von vornherein keinen Zweifel, daß es in erster Linie auf die große Koalition hinstrebe. Die Deutsche Volkspartei, zielbewußter noch als das Zentrum, sagte in ihrer

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksverleas 1823—1836.

Von Dr. Hans Kruse, Siegen.

62)

(Fortsetzung und Schluß.)

Wir haben hier das herrlichste Wetter; Morgens und Abends ist's zwar etwas kalt, selbst so, daß es zuweilen ein wenig reißt und friert. Aber die Tage sind warm und heiter; in den Gärten blühen die Rosen und unser Tisch ist täglich mit dem trefflichsten Obst besetzt.

Frau Dr. Peh hat ihrem Mann, ich glaube seit länger als einem halben Jahre nicht geschrieben. Er ist darüber sehr besorgt und bittet Dich, den eingeschlossenen Brief an Herrn Heller in Würzburg recht bald zu befördern. Deine Briefe vom April werden mich noch in New-York treffen, wohin Du solche, wie ich Dir schon schrieb, unter der Adresse der Herren J. W. Schmidt & Co. bis dahin richten wollest. Sollte Dir Frau Peh oder Professor Heller einen Brief für den Doctor schicken, so schließe ihn ja nach New-York mit ein. Die späteren sende an Herrn Leg.-Sekr. Weiland nach Paris, wohin Ihr aber, zu mehrerer Sicherheit, schon vom April an Eure Briefe senden könnt, ohne jedoch zu unterlassen, auch nach New-York zu schreiben, wohin Eure Briefe schon vom Februar an gerichtet sein werden. Ist dieses nicht geschehen, so verfehlen sie mich, denn ich gehe mit meinen Reisegefährten schon Ende März nach Tampico, um mich mit der nächsten Gelegenheit nach Neu-Orleans einzuschiffen.

Zum Troste schreibe ich Euch, daß wir schon am Einpacken sind. Ich nehme so wenig als möglich mit und schicke das übrige durch Kauffahrer nach Bremen oder Hamburg.

Ich bringe an 150 präparierte Vögel, einige indische Antiquitäten und nur wenige Mineralien mit, weil der Transport zu theuer ist. Auch hoffe ich, noch Sämereien zu bekommen. Du, liebe Mina, wirst mich wohl des Versprechens wegen eines Papageis entbinden, weil ein solcher Reisegefährte zu lästig ist.

Ihr schreibt mir ja nicht ein Wort von Carl und Adelbert.

Hoffentlich werden die nächsten Briefe mir viel Gutes von beiden melden.

Grüße mir Dein liebes Weib und alle die Deinigen, guter August, auch Ruprechts nicht zu vergessen. Den Jungens sage in meinem Namen, daß sie recht ordentlich und fleißig sein sollen, damit ich mich bei meiner Zurückkunft ihrer freuen könne. Auch Du, liebe Mina, wirst Dir gewiß alle Mühe geben, daß Du die Erwartungen, die ich von Dir hege, befriedigst.

Lebt wohl und behaltet lieb

Euren

Schmidt.

Ihrer Hochwohlgeboren
der Frau Bergamts-Direktorin
Schmidt

Hessen-Cassel.

Derehrte Frau Bergräthin!

Kaum 14 Tage sind verflossen, seit wir Ihnen zuletzt einen Brief von Ihrem Herrn Gemahl zusandten und uns, nach seinen Mittheilungen, der Hoffnung hingaben, ihn in einigen Monaten in unserer Mitte zu sehen. — Und schon hat das unerbittliche Schicksal alle unsere Hoffnungen mit einem Schläge vernichtet!

Noch am 16. Januar war Ihr verehrter Gemahl gesund und wohl und schon am 19. barg ihn der Erde kalter Schoß unseren Blicken für immer.

Von unserer Agentenschaft selbst haben wir keine direkten Nachrichten. Wohl aber schreibt die Agentenschaft der R. W. Kompagnie in Mexiko unterm 20. Januar an die Agentenschaft der Kompagnie in Veracruz: „Der plötzliche Tod des Herrn Bergraths Schmidt wird Sie traurig überraschen; Sonnabend Abend war der treffliche Mann noch gesund und gestern begruben wir ihn, innig betrauert von allen, die ihn kannten. Sein Verlust ist für den Minenverein unerseßlich.“

Wie sehr dieser Verlust für uns unerseßlich ist, fühlen wir nur zu lebendig. Aber dieses Gefühl tritt in den Hintergrund, wenn

Fraktionsführung am Donnerstag, dem 3. November, einer für immer denkwürdigen Sitzung, den Beschluß, die große Koalition zu fordern.

Da auch die Deutsch-demokratische Partei sich in erster Reihe für die breite Koalition, in zweiter erst, falls diese breite Koalition nicht erreichbar wäre, sich für ein Übergangsministerium ausgesprochen hatte, war die Möglichkeit, diesen Gedanken zu verwirklichen, nahe herbeigerückt. Die Entscheidung über das Grundsätzliche lag nunmehr bei der Mehrheitssozialdemokratie. Diese hat, getreu dem in Vörlitz aufgestellten Programm, dann auch am Freitag Abend, wie der Vorwärts vom Sonnabend, dem 5. November (Nr. 523), unterstreicht, „nach langen bewegten Auseinandersetzungen“ mit 46 gegen 41 Stimmen sich dafür ausgesprochen, „ihre Unterhändler zu Verhandlungen auf der Grundlage der großen Koalition zu ermächtigen“. Nach langen bewegten Auseinandersetzungen, wie sie ähnlich wohl bei allen Parteien, sicherlich aber bei der Deutschen Volkspartei, dem entscheidenden Schritt vorgegangen sind.

(Fortsetzung folgt.)

Innenbildung.

Von Elise Wentzher, Bonn a. Rh.

„Nichts anderes kann uns fortan helfen als sittliche Erneuerung, als die Bildung eines festen, unfehlbaren guten Willens!“ So rief Nietzsche im nationalen Unglück seinem deutschen Volke zu. Das Wort gilt auch für uns. Bei wem aber soll diese Erneuerung ansetzen? Wer soll der Träger eines solchen Willens sein, wer der Lichtträger, der unser Volk aus dem Abgrund wieder in die Höhe führt? Wer anders als der Träger unserer Zukunft, die deutsche Jugend! Wie sehr auf ihr unsere Hoffnung ruht, das bezeugen auch Hindenburgs ergreifende Lebenserinnerungen. Nicht Hoffnungslosigkeit und Verbitterung hat ja der Zusammenbruch, seines Lebenswerkes im Herzen dieses deutschen Helden bewirkt: sondern die

festste Zuversicht, daß auch uns noch einmal ein Aufstieg beschieden sei, wenn nur die deutsche Jugend aus dem bitteren Ernst der jetzigen Tage sittlich wertvolle Früchte davon trägt. Darum schließt er sein Buch mit dem vertrauensvollen Wort: „ich baue fest auf dich, du deutsche Jugend!“

Keine Sorge und Frage sollte uns darum heute wichtiger sein, als die der Jugenderziehung, und in dieser wiederum der Kern aller Erziehung: Die Heranbildung eines sittlichen Willens und Charakters. Heute aber, wo wir auf allen Gebieten nach neuen Lebenswerten suchen, wo es in der Jugend gärt, und Zucht und Disziplin sich lockern, sollten wir uns mehr als je darauf besinnen, was denn als daß über allen Wandel hinaus ewig wertvolle Ziel aller Erziehung und aller Menschenbildung überhaupt gelten kann. Nirgends anders aber kann ein solches Ziel liegen, als in dem Zwecke und Sinn, den alles Menschenleben überhaupt zu verwirklichen bestimmt ist. Schauen wir um uns, so sehen wir, daß der Charakter alles Werdens und Lebens ist; Wachsen, Entwicklung, Vervollkommen. Eine sinngemäße Vervollkommen des Menschenlebens aber kann nur liegen in der Ausbildung der Eigenschaften, die das Charakteristische des Menschen gegenüber allen übrigen Wesen zum Ausdruck bringen. Das besteht aber für das Gebiet des Willens und Handelns darin, daß der Mensch imstande ist, über sein Tun und Lassen nachzudenken, Gut und Böse zu scheiden und seine Handlungen von dieser seiner Vernunftseinsicht leiten zu lassen. In einem solchen, von der Vernunft bestimmten Handeln haben unsere größten Denker und Volkserzieher die Bestimmung der Menschen erblickt; diesem Ideal dürfen wir auch die leitenden Gesichtspunkte für die Jugendbildung entnehmen. Eine solche Erziehung wendet sich an das Denken ebenso, wie an das Fühlen und Wollen der Jugend; sie fordert, daß wir die jungen Menschen daran gewöhnen, sich im eigenen Denken ein Urteil über den sittlichen Wert ihres Handelns und ihres Lebens überhaupt zu bilden und ihr Verhalten zu bestimmen nach ihrer ver-

nünftigen Einsicht. Aber die Einsicht allein schafft noch nicht mit Sicherheit sittliches Handeln, wenn der Mensch sich nicht gewöhnt, sich zu befreien von der Macht seiner Triebe und seines der Einsicht entgegenstehenden Verlangens, und wenn er ferner nicht den Mut aufbringt, das als „gut“ Erkannte auch durchzusetzen, im Kampf gegen andere Menschen, gegen Gewohnheit, Tradition und die Macht der Trägheit. Charakterfestes Handeln nach eigener höchster Vernunftseinsicht, so können wir das sittliche Ideal bezeichnen, zu dem es gilt, die Jugend unseres Volkes gerade heute heranzubilden. Zu der dazu unerlässlichen Selbstüberwindung, zu dem starken, opferbereiten Willen gelangt aber der Mensch nun einmal nur durch die Schule des Gehorsams, der Zucht und Disziplin. Jeder, der heute mit der Jugend zu tun hat, aber fühlt, wie sehr der im Kriege aufgewachsenen Generation diese Schulung gefehlt hat, und wie zersetzende Kräfte am Werk sind, die die Jugend in dem Wahn bestärken, daß sie der Autorität entraten könne. Geht doch durch die ganze moderne Jugendbewegung ein Zug von Auflehnung und Kampf, der mit den aus Vorurteil entstandenen veralteten Fesseln auch wertvolle notwendige Bindungen zerreißen möchte. Gegen alle die zersetzenden Einflüsse, die von außen und innen auf unsere Jugend einströmen und die nur zu oft auch gesundes Empfinden zu verwirren drohen, rufen wir am besten die Einsicht und den Willen der Jugend selbst auf. Sie selbst muß einsehen, daß alle Hoffnung auf ein Neuerstehen unseres Volkes davon abhängt, daß das kommende Geschlecht das Steuer des Vaterlandes mit starker und sicherer Hand lenkt. Das können aber nur Menschen, die sich selbst in der Gewalt haben und sich zügeln. — Und wir werden unsere Jugend an den edelsten Kern, an das wahre Wesen der Jugendbewegung erinnern, wie es sich einst bei dem Fest auf dem Hohen-Neihner befunden hat. Die dort vereinigte „Freideutsche Jugend“ war ihr Charakter als „Erziehungsgemeinschaft“ bewußt; sie bekannte sich zu

Chico, 13ten Februar 1830.

Geliebte Mutter und Geschwister!

Schon durch das vorige Packet seid Ihr durch meine Freunde in Mexiko von dem unersehblichen Verlust, den wir durch den Tod unseres theuren Vaters erlitten, in Kenntnis gesetzt worden. Ich kann mir denken, in welcher eine große Traurigkeit Euch diese Nachricht verfehlte hat; es kann Euch aber nicht mehr geschehen haben, als mich, aber ich habe mich getröstet, — und fordere auch Euch, besonders Dich liebe Mutter auf, Dich nicht vom Schmerze hinreißen zu lassen und ruhig und mit Vernunft den Verlust zu ertragen, der uns vom Allmächtigen beschieden ward; damit wir nicht einen doppelten Verlust erleiden, der uns jetzt um so härter sein würde, da Du, gute Mutter, nun unsere Stütze und Rathgeberin bist.

Ich werde nicht durch ferneres Erwähnen des uns so hart getroffenen Geschicks Euren Schmerz erneuern, sowie ich auch sicher erwarte, daß Ihr nicht durch trauriges Klagen den Schmerz in mir aufs Neue erweckt.

Wegen meiner könnt Ihr ganz ruhig sein, auf meine Gesundheit hat das hiesige Klima die beste Wirkung geäußert und ich kann sagen, daß ich seit meiner Abwesenheit von Euch mich noch nicht unwohl befunden habe.

Es wird Euch nicht an den nöthigen Mitteln fehlen für Euren Unterhalt, solltet Ihr aber in Verlegenheit kommen, so laßt es mich nur wissen.

Ich bitte Dich, liebe Mutter, mich bald von dem Stand Deiner sämtlichen Geldangelegenheiten, als Deinen Einkünften aus der Witwenkasse, Deiner etwaigen Pension und der bei der Direction und dem Banquier stehenden Geldern zu unterrichten. Sei nur sorgfältig in dem Verwenden der größeren Summen, dabei wirst Du ja nichts ohne den Rath unseres guten Vaters August unternehmen.

Mit dem nächsten Packete werde ich Euch ausführlich schreiben. Ich grüße Euch alle herzlich und mahne Euch nochmal, Euch in das zu fügen, was wir nicht ändern konnten.

Euer

Friedrich.

wir uns denken, wieviel Sie, verehrte Frau, an dem theuren Verstorbenen verlieren. Unsere innige, lebhafteste Theilnahme dürfen und werden Sie nicht bezweifeln. Um Ihren Schmerz so viel als möglich zu mildern, haben wir Ihren Herrn Vetter ersuchen lassen, Sie auf die niederbeugende Nachricht vorzubereiten, welche das Packetboot Ihnen vielleicht in einigen Tagen bringen wird. Und sobald wir nähere Umstände wissen, werden wir nicht verfehlen, sie Ihnen mitzutheilen.

Wir können uns lebhaft denken, was Sie, verehrte Frau, bei dieser schriftlichen Nachricht empfinden müssen. Wollte Gott, wir hätten Ihnen Angenehmeres zu melden. Aber lassen Sie uns immerhin Ihnen sagen, wie sehr uns diese Nachricht erschüttert hat und wir so ganz den Verlust zu würdigen wissen, den nicht allein Sie und wir, nein, den das deutsche Vaterland und die Wissenschaft erlitten haben.

Die traurige Kunde ward uns heute Morgen und noch haben wir nicht Zeit gehabt, uns zu fassen und zu sammeln. Unvorbereitet wie dieselbe uns fand, können wir uns nur zu gut denken, welchen Eindruck sie auf Ihr Herz machen muß, da Sie auch nicht auf die entfernteste Weise eine solche Schreckenspost ahnten. Darum verlieren wir auch keine Zeit, um wenigstens von unserer Seite alles was in unseren Kräften steht, zu thun, damit diese Schreckenspost Ihnen nicht zu plötzlich werde. Und wenn wir Ihnen heute nicht mehr sagen, als daß wir mit Ihnen trauern und klagen, so wissen Sie selbst nur zu gut, daß der erste und wahre Schmerz stumm ist.

Mit inniger warmer Theilnahme und mit vorzüglicher Hochachtung, verehrte Frau,

Ihre ganz ergebenste

Direction des Deutsch-Amerikanischen Bergwerks-Vereins.
J. vom Rath. Aug. von der Heydt. Schleiden, Subdirector.
Elberfeld, 28. März 1830.

dem Entschluß, ihr Leben „vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit“ zu führen; sie wollte der Überkultur und der Sittenlosigkeit Einfachheit und Natürlichkeit entgegenstellen. Auch in vielen anderen Gruppen der modernen Jugendbewegung ist dieser Wunsch nach sittlicher Vertiefung und innerer Disziplin zu spüren, wenn er auch verschmolzen ist mit anderen, oft recht unklaren Zielen und Ansichten. Diesen Willen zu eigener Verantwortung und innerer Freiheit in der Jugend wollen wir uns zu Bundesgenossen machen, indem wir sie zu der Überzeugung führen, daß innere Freiheit nichts gemein hat mit Zuchtlosigkeit; in ihrem eigenen Willen muß sie das Wort bejahen:

„Von der Gewalt, die alle Wesen bindet, — Befreit der Mensch sich, der sich überwindet!“
Von dieser Einsicht durchdrungen, wird die deutsche Jugend sich hüten, den lockenden Tönen derer zu folgen, die ihr den Weg der Zucht und Disziplin ersparen wollen; sie wird, in gemeinsamer Arbeit mit der älteren Generation, in steter Selbstzucht darum ringen, die sittlichen Kräfte in unserm Volk wieder zur Herrschaft zu bringen. Alles müssen wir daran setzen, eine Generation zu erziehen, die deutsch ist im Sinne Fichtes, indem sie „an Freiheit, an ein unweigerliches Fortschreiten unseres Geschlechts glaubt“ und die diesen Glauben in ihrem eigenen Wesen verwirklicht. Zu diesem Ziel aber führt allein der Weg der Willensdisziplin der Charakterbildung.

Zum Kampf um den Religionsunterricht.

Von D. Otto Everling, Nikolaussee, M. d. R.

Nach Artikel 149 der Reichsverfassung ist der Religionsunterricht „ordentlicher Lehrfach“ der Schulen (mit Ausnahme der weltlichen Schulen, die es bekanntlich bisher gesetzlich noch nicht gibt oder noch nicht geben darf). Im zweiten Absatz dieses Artikels 149 wird von einer „Willenserklärung“ gesprochen „für die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern“, die dem überlassen ist, „der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat“. Nach dem Wortlaut des ganzen Artikels und nach den Verhandlungen bei der Entstehung des Artikels ist die Folgerung unabweisbar, daß eine derartige Willenserklärung bei einem „ordentlichen Lehrfach“ nur dann abzugeben ist, wenn das Kind an dem „ordentlichen Lehrfach“ nicht teilnehmen will. Es ist, wenn nicht direkt verfassungswidrig, so jedenfalls überflüssig und für die Erziehungsberechtigten unnötig belästigend, bei der Aufnahme eines jeden Kindes in die Volksschule eine Erklärung darüber zu verlangen, ob das Kind am Religionsunterricht teilnehmen soll oder nicht.

Das aber tut ungerechterweise das sächsische Kultusministerium durch die Verordnung vom 8. Januar 1921. Bei einem „ordentlichen Lehrfach“ genügt doch eine Erklärung für den Fall, daß das Kind ausnahmsweise — und dies ist erfreulicherweise die Ausnahme — am Religionsunterricht nicht teilnehmen will. Warum machen die neuzeitlichen Minister, die doch die Arbeitskraft des Volkes schonen wollen, den meisten Eltern solch vollständig überflüssige Umstände und Belastungen? Man kann das nur verstehen, wenn die Absicht dahinter steckt, die Kinder von der Teilnahme an dem „ordentlichen Lehrfach“ abzuhalten und dieses „ordentliche“ Lehrfach möglichst stark als ein fakultatives und damit im Volksbewußtsein als ein minderwertiges erscheinen zu lassen.

Es wäre deshalb Recht und Pflicht des Reichsministeriums des Innern gewesen, zur ordnungsgemäßen Durchführung der Reichsverfassung darauf zu dringen, daß die Wil-

lenserklärung nur dann zu fordern sei, wenn ein Kind am Religionsunterricht nicht teilnehmen soll.

Statt dessen erging am 7. April 1920 an die Unterrichtsverwaltung der Länder ein Schreiben, in dem eine Regelung in dem Sinne empfohlen wurde, daß für Bekenntnisschulen die negative Willenserklärung genügt, daß dagegen für Simultanschulen die positive Willenserklärung für die Teilnahme am Religionsunterricht gefordert wird. Diese Halbheit wird der Reichsverfassung nicht gerecht; in Sachsen, wo nur Bekenntnisschulen bestehen, hätte der obige Rat übrigens den Erlaß der unangebrachten Verordnung des Kultusministers verhindern müssen. Da statt dessen in Hamburg und in Sachsen der Empfehlung des Reichsministeriums entgegengehandelt wurde, so habe ich und haben Abgeordnete der Deutschnationalen und der Zentrumspartei mehrfach im Hauptausschuß und im Plenum des Reichstags in Ausprachen und Anfragen die sicherlich nicht unwesentliche Angelegenheit erörtert. Auf meine eindringlichen Vorhaltungen am 10. März 1921 gab dann der Reichsminister Koch die Erklärung ab, daß er es „mit dem Sinne und dem Willen der Verfassung besser vereinbar halte, wenn die Erklärung negativ verlangt wird, als wenn sie positiv verlangt wird.“ Er sagte dann: „Wenn Sie bei Ihrer Auslegung beharren, wenn also nach dieser Richtung hin tatsächlich eine Festlegung durch das Reich gewünscht wird, so ist dafür nur die Möglichkeit der reichsgesetzlichen Regelung.“ Darauf habe ich mit Abgeordneten der anderen bürgerlichen Parteien folgende Entschliebung eingebracht: „die Reichsregierung zu ersuchen, sie möge auf Grund von Artikel 146 der Reichsverfassung baldigst einen Gesetzentwurf einbringen, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, in denen Nichtteilnahme von den Erziehungsberechtigten begehrt wird, zu erfolgen hat.“

Dieser Antrag D. Everling wurde in namentlicher Abstimmung am 16. März mit 205 gegen 151 Stimmen angenommen. Zweierlei wurde durch diese Abstimmung klar; einmal, daß die Reichstagsmehrheit die Verfassung in dem von mir vorgetragenen Sinne authentisch interpretieren will und sodann, daß der Reichstag eine baldige reichsgesetzliche Regelung wünscht.

Da ein Reichsgesetz bisher nicht eingebracht wurde, so fragte ich in einer kleinen Anfrage vom 15. Oktober 1921 bei der Reichsregierung an, wann die obige Entschliebung ausgeführt werde. Darauf erhielt ich unter dem 8. November vom Reichsminister folgende Antwort:

„Wie ich dem Reichstag in meinem Schreiben vom 28. Juni 1921 — I. A. 6897 — Nr. 2361 der Drucksachen des Reichstags — S. 23 mitgeteilt habe, kann über die Entschliebung des Reichstags, betreffend das Verfahren bei Teilnahme oder Nichtteilnahme von Kindern am Religionsunterricht, erst entschieden werden, wenn sich übersehen läßt, welchen Verlauf die Beratungen des Reichstags über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung nehmen.“

Meines Erachtens werden die Parteien zu dem Gesetzentwurf Abänderungsvorschläge einbringen, die die Erörterung aller Grundlagen notwendig machen, die mit dem Gesetzentwurf zusammenhängen. Hierzu wird voraussichtlich auch die Frage des Religionsunterrichts im Sinne des Artikels 149 der Reichsverfassung gehören. Ich halte es daher nicht für zweckmäßig, diese Angelegenheit, bei der es sich lediglich um einen Ausschnitt aus einem größeren Zusammenhang handelt, vor den Verhandlungen des Reichstags über den Gesetzentwurf zur Ausführung

des Artikels 146 Abs. 2 reichsgesetzlich zu regeln.“

Also der sozialdemokratische Reichsminister will die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes abwarten, weil nach seiner Meinung die Parteien dabei Abänderungsvorschläge bringen werden und hierzu „voraussichtlich“ auch die Frage des Religionsunterrichts gehört.

Das ist allerdings eine recht unbefriedigende Ausflucht, die wenig Achtung vor den Beschlüssen des Reichstags zeigt. Wann das Reichsschulgesetz verabschiedet wird und ob und wie die Frage des Religionsunterrichts dabei behandelt wird, das kann heute niemand übersehen. Die Erledigung der Frage der Willenserklärung beim Religionsunterricht aber ist dringend und spruchreif. Der Reichstag hat deutlich gesprochen. Dem Minister wird man bei gegebener Gelegenheit die Unhaltbarkeit seiner Ausflüchte dartun und seine Pflicht gegenüber wohl begründeten Reichstagsentscheidungen klar machen müssen. Das ist schon dringend geboten wegen des Verhaltens des sächsischen Kultusministeriums, das durch seine unzweckmäßige und dem Sinne der Reichsverfassung entgegenstehende Verordnung unnötige Erregung in die Bevölkerung trägt.

Das Volksschulwesen im Hauptausschuß des Preussischen Landtages

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beriet in einer siebenstündigen Dauer Sitzung am 15. November über den Volksschulgesetz. Infolge einer Vereinbarung der Parteien konnten auch hier durch Beschränkung der Redezeit und Zurückziehung einer ganzen Reihe von Anträgen die Verhandlungen über diesen Teil des Etats in einem Tage erledigt werden.

Für die Deutsche Volkspartei sprach als Hauptredner in der allgemeinen Debatte Abgeordneter Hollmann. Da die Reform der Lehrerbildung bereits bei der allgemeinen Verwaltung eingehend besprochen war, beschäftigte er sich besonders eingehend mit der Schulaufsicht. Redner wünschte, daß die Schulaufsicht im wesentlichen in einer verständnisvollen und warmherzigen Schulpflege bestehen müsse, die allerdings auch die eigentliche Aufsicht oder Kontrolle nicht ausschließe. Er warf sodann einen kritischen Rückblick auf die von einzelnen Mitgliedsgruppen nicht freie, parteipolitisch einseitige Personalpolitik des Ministeriums Haenisch und forderte erneut „Entpolitisierung“ und „Versachlichung“ der Schulaufsicht und demgemäß Berufungen in den Schulaufsichtsdienst nur nach sachlicher und persönlicher Eignung, frei von parteipolitischer sowohl als vereinspolitischer Rücksichtnahme. Den Regierungsschulräten in Beförderungsstellen müßte in höherem Maße der Aufstieg nach der Beförderungsguppe 12 eröffnet werden, damit sie sich nicht hinter die Seminardirektoren, aus denen sie hervorgegangen seien, zurückgelehnt fühlten. Tüchtigen Volksschulmännern und Frauen müsse mehr als bisher auch der Aufstieg in die höheren Schulaufsichtsstellen ermöglicht werden, aber dazu sei vorher ein Durchlaufen und eine auf längere Zeit gestellte hervorragende Bewährung in der Kreisschulaufsicht nötig. Bei der Auswahl der Kreisschulräte dürfe das religiöse Empfinden der Mehrheit der freieingewählten Bevölkerung, wie es in einzelnen Fällen geschehen sei, nicht verkehrt werden. Große und schwierig zu verwaltende Schulaufsichtsbezirke müßten geteilt, neue Kreisschulratsstellen im nächstjährigen Etat angefordert und die Reisekostenentschädigung angesichts der Zeitverhältnisse erneut wesentlich erhöht werden.

Auf das eigentliche Volksschulgebiet übergehend, betonte der Redner, daß seine Gral-

tion für eine lokale Durchführung des Grundschulgesetzes eintrete, seine Umgehung durch Sonderklassen und eigens zu diesem Zwecke gegründete Privatjunker verurteile, aber auch Härten, die sich aus einer allzu schematischen Durchführung namentlich gegenüber besonderen Ausnahmefällen ergeben würden, nicht wünsche. Warme Worte fand Abg. Hoffmann sodann für die Landesschule, die in den letzten Jahren in den Verhandlungen nicht genügend zu ihrem Recht gekommen sei und deren schwierige Probleme beim nächsten Jahr eine gründliche Behandlung erfahren müßten. Die Landesschule müsse in den Einheitschulbau einbezogen werden, aber nicht auf Grund utopistischer Theorien von Großstadtpädagogen, sondern auf dem Boden der Wirklichkeitsverhältnisse. Besonders pflanzlicher Behandlung sowohl nach Einrichtung und Ausstattung wie in bezug auf die Lehrkräfte bedürfte die einlässige und die wenig gegliederte Landesschule. Stadt- und Landschulen dürften nicht völlig verschieden geartete Gebilde werden, aber eine allgemeine Schematisierung sei ebenfalls zu vermeiden. Verständige Anwendung des Heimat- und des Arbeitsprinzips würden davor bewahren. Die Vorzüge des Grundschullehrplans erkannt der Redner an, doch bedeute die große Freiheit, die er im einzelnen lasse und die auf die Tüchtigkeit der selbständigen Lehrpersonlichkeit zugeschnitten sei, auch eine gewisse Gefahr für minder strebsame und tüchtige Lehrkräfte. Erfreulich sei aber, daß die Lehrerschaft, besonders auch die Landlehrerschaft und die Junglehrer, sich mit so viel Aufopferung und Idealismus der Einführung in die gesunden pädagogischen Reformgedanken widme. Die Staatsregierung müsse dieses Streben auch ihresorts durch Veranstellung von Kursen und Bereitstellung von Mitteln unterstützen. Dasselbe gelte für die Arbeitsgemeinschaften der Junglehrer. Besonders erfreuliche Wirkungen erhoffe er von der geplanten Aufbauschule auf dem Lande und in den kleinen Städten. — In besonderen Mittelschulen im Rahmen der Einheitschule müsse, da diese Schulart einem Bedürfnis entspreche und sich durchaus bewährt habe, überall da festgehalten werden, wo nicht reichere Gliederung des Volksschulwesens durch gehobene Klassen und ähnliche Einrichtungen sie entbehrlich machten. — Die Volkshochschulen, nach der Revolution mit besonders großen Hoffnungen begrüßt, hätten diese Erwartungen nicht allgemein erfüllt. Es sei eine starke Ernüchterung auf diesem Gebiete eingetreten. Auch sei das Volkshochschulwesen vielfach in ganz falsche Bahnen geraten. Es stehe aber in dem Volkshochschulwesen ein gesunder und hochbedeutender Kern, der sorgsamster Pflege bedürfe. Richtig abzuweisen aber sei der Gedanke, die Volkshochschulen als Mittel zu betrachten, die Arbeiterschaft mit einem einseitigen politischen „Kampfwissen“ auszurüsten.

Mit einem warmen Appell an die Staatsregierung, auch dem zurzeit so sehr notleidenden Volkshochschulwesen besondere Fürsorge zuzuwenden, schloß der Redner seine sachkundigen und eindrucksvollen Ausführungen, die in der Spezialdebatte durch die Abg. Frau von Kulesza, die sich besonders der Personalwünsche der Lehrerbildung annahm, und des Abg. Wislitzke, der warm für die aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen Mittelschullehrer eintrat, wirksam ergänzt wurden.

An Stelle der zahlreichen zurückgezogenen Anträge nahm der Ausschuß drei von allen Fraktionen gemeinsam vertretene Anträge an, von denen der erste die aus den Abtretungsgebieten verdrängten Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen auf alle deutschen Länder gleichmäßig verteilen will, der zweite durch verschiedene Maßnahmen der Not der Junglehrer

steuern und der dritte allen festangestellten Lehrkräften an Anstalten, die abgebaut werden, die Überführung in gleichwertige Stellen oder finanzielle Entschädigung gewähren soll.

Rundgebung für Oberschlesien.

Die Vereinigung evangelischer Frauenverbände hat folgende Rundgebung an die Frauen Oberschlesiens gehen lassen:

Frauen Oberschlesiens!

In der tiefsten Stunde, in der wir stehen, versichern die in der Vereinigung evangelischer Frauenverbände Deutschlands zusammengekommenen Frauen, deren Zahl eine Million weit übersteigt, ihre ober-schlesischen Schwestern der warmsten Anteilnahme, der unwandelbaren Treue. Mit Euch, Ihr Frauen Oberschlesiens, durchleben wir im Geiste die Jahre schwerer Not und banger Sorge vor der Entscheidung; mit Euch teilen wir, aufs tiefste erschüttert und gebeugt, den Schmerz, das Leid, das Euch widerfährt; mit Euch bitten wir Gott, daß er Euch Kraft schenke, das namenlos harte Geschick zu tragen. Untrennbare, unzerreißbare Bande sollen uns für immer mit Euch, die Ihr äußerlich von uns losgerissen werdet, verbinden in der großen deutschen Volksgemeinschaft, heilige Bande der Liebe und Treue!

Euch zu helfen und zu stützen, wo immer wir können, vor allem auch in Eurem schweren Kampf zur Erhaltung des Deutschtums, sei unser Gelohnis; unsere Bitte: haltet auch Ihr uns die Treue, haltet fest zu der Hoffnung, am Glauben auf den endlichen Sieg der gerechten Sache, zu dem Gott uns helfe!

Der Demokratische Parteitag.

Das „Berliner Tageblatt“ hat wieder einmal unrecht gehabt. Es gab seiner Betrachtung über den ersten Tag des Bremer Parteitages der Demokratischen Partei die Überschrift: „Keine Konfordinformel.“ Damit gab das „Berliner Tageblatt“ offenbar die Wünsche und Ansichten der demokratischen Opposition wieder, die in Bremen eine klare Entscheidung herbeiführen, d. h. die von dem linken demokratischen Flügel verfolgte Parole durchsetzen wollte: durch dick und dünn mit der Sozialdemokratie. Dieser Flügel hatte es übel vermerkt, daß die demokratische Reichstagsfraktion den Rücktritt des Kabinetts Birtz als Protest gegen die Genfer Entscheidung herbeigeführt hatte und daß sie dann nicht in das neue Kabinett Birtz eingetreten war. Daß Herr Dr. Rathenau die Zeche — wie er selber sagte — hatte bezahlen müssen, war den Herren um Preuß und Rusche besonders unangenehm. Sie zogen nach Bremen, um der demokratischen Reichstagsfraktion ein Mißtrauensvotum anzuhängen, und sie wollten eine ganz klare Entscheidung. Wie gesagt: keine Konfordinformel.

Die Konfordinformel ist aber doch gekommen. Die Entschliebung des demokratischen Parteitages übernimmt in ihrem ersten Teil den Anfang des von der Opposition eingebrachten Antrags, der das demokratische, republikanische und soziale Bekenntnis enthält, und spricht dann der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus. Der linke Flügel hat also offenbar klein beigegeben, nachdem Redner der Gegenseite, wie die Abgeordneten Korell und Dr. Koch, die Stimmung des Parteitages gewonnen haben. Wir haben keine Veranlassung, uns mit den sachlichen Auseinandersetzungen des Parteitages zu beschäftigen. Wir möchten nur feststellen, daß uns die Niederlage des linken demokratischen Flügels ein politischer Erfolg zu sein scheint. Dieser Flügel hat viel mit dem Schlagwort operiert, die Demokratische Partei dürfe der Deutschen Volkspartei nicht nachlaufen, dürfe keine ihrer Filialen

werden usw. Der Abgeordnete Korell hat diese Redensarten sehr deutlich als töricht zurückgewiesen. Die Linksradikalen, wader unterstützt vom „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“, operieren mit diesem Schlagwort, weil sie mit den Sozialdemokraten enge Fühlung halten und ihre Partei auf einen brüderchaftlichen Verkehr mit dem linken Nachbar festlegen möchten. Sie würden es recht gerne sehen, wenn die Demokratische Partei hinter der Sozialdemokratie herließe, obgleich sie damit die aller-schlechtesten Erfahrungen gemacht hat. In Bremen sind die Herren nicht auf ihre Rechnung gekommen, und wir glauben, daß unsere i. n. n. e. r. e. Politik davon den Vorteil haben wird. Immerhin hat der Bremer Parteitag doch bewiesen, daß die Linksdemokraten sehr rührig und geschäftig sind. Man wird deshalb ihre Tätigkeit weiterhin im Auge behalten müssen, da sie sicher bei gegebener Gelegenheit ihre Versuche erneuern werden.

Ein lehrreiches Beispiel von Sozialisierung.

Immer haben die sozialistischen Theoretiker hervorgehoben, daß nur große, auf höchster technischer Stufe arbeitende Betriebe für die Sozialisierung reif seien und Vorteile gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise böten. Das ist an sich ganz richtig, allerdings mit der Einschränkung und Voraussetzung, daß die Leiter solcher Betriebe in jeder Beziehung geschäftstüchtig sind, daß ihnen genügend Spielraum für die Betätigung ihrer Fähigkeiten eingeräumt wird und daß ihren Anweisungen die ihnen Unterstellten nachzukommen haben.

Diese Vorbedingungen sind insofern erfüllt bei den großen Konsumvereinen, als sie tatsächlich mit den besten technischen Errungenschaften ausgerüstet sind und ihnen eine sichere Kundenschaft gegeben ist, die aus gesundem Eigennutz eine möglichst vorteilhafte Produktion, großen Umsatz und Blühen des ganzen Unternehmens wünschen muß. Man sollte nun annehmen, solche Unternehmungen müßten jede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen imstande sein. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit? Nehmen wir als Beispiel die Berliner Konsumgenossenschaft nach ihren eigenen Bekenntnissen in ihrem neuesten Jahresbericht von 1920/21.

Brot ist doch gewiß das wichtigste Nahrungsmittel, was alle Menschen und so auch die Berliner Konsumvereinsmitglieder gebrauchen. Trotzdem ist der Materialverbrauch in den Bäckereien des Konsumvereins im Berichtsjahre um 19,64 Proz. zurückgegangen, von rund 16 Millionen Kilogramm auf rund 13 Millionen Kilogramm. Der Durchschnittsumsatz der Genossenschaft ist zwar je Mitglied von 1022 auf 1847 M und je laufendes Mitglied von 1660 auf 2665 M gestiegen, jedoch ist dabei der erhöhte Preis aller Waren gegenüber dem Vorjahre in Rechnung zu stellen. Die Revolution hat die genossenschaftliche Erneuerung der Mitglieder nicht im geringsten beflügelt, denn im letzten Friedensjahr 1912/13 betrug der Umsatz je Mitglied 194 M und je laufendes Mitglied 297 M. Bringen wir nun bescheidenere Weise nur eine zehnfache Steigerung aller Warenpreise in Ansatz, so ist der Umsatz je Mitglied ganz erheblich zurückgegangen. Die Gleichgültigkeit der Genossen befundet sich auch in dem Nachlassen der freiwilligen Werbetätigkeit. In dem Jahresbericht wird beklagt, daß noch nicht einmal die Hälfte der vor dem Kriege ehrenamtlich tätigen Genossen für die Werbetätigkeit erreicht worden ist, trotzdem sich inzwischen die Mitgliederzahl und die Verkaufszahlen ganz erheblich erhöht haben. Neu eingetreten sind in der Berliner Konsumgenossenschaft

15 550 Mitglieder, dagegen ausgeschieden durch Kündigung 4389 und durch Ausschluß 19 688 Mitglieder. Trotzdem die gezahlten Wochenlöhne durchaus keine hohen sind — von 75 M für lernende Verkäuferinnen bis 350 M für Lagerhalter, d. h. Leiter der Verkaufsstellen —, so vermag die Genossenschaft ihren Mitgliedern nur einen sehr bescheidenen Gewinn auszuschütten, und zwar nur eine Rückvergütung von 1½ Prozent. Wie stimmt das mit den Behauptungen der sozialistischen Agitatoren überein, welche auch in der Berliner Konsumgenossenschaft die erste Geige spielen, daß die Kapitalisten ungeheure Profite einstecken? Warum bringt ein solches Ergebnis nicht die Berliner Konsumgenossenschaft mit ihrem Riesenumsatz zustande, der im Berichtsjahre nicht weniger als rund 232 Millionen Mark betrug? Das ist leicht zu erklären, obgleich im Bericht natürlich kein Wort davon verlautet: In der Berliner Konsumgenossenschaft entscheidet für das Ausruken in wichtige Stellen nicht die Geschäftstüchtigkeit, sondern die Parteitüchtigkeit. Die Leitung derselben liegt in den Händen unabhängiger und kommunistischer Führer, die alle diejenigen hinausbeissen, welche sich nicht dem Gewissenszwang dieser Herren unterwerfen wollen.

Lehrreich ist noch die Angabe im Bericht, „daß die Maßnahmen der Gewerkschaften zur Verbilligung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, die zum Teil in Verbindung mit staatlicher Hilfe geschehen sind, nicht den erwarteten Erfolg für die Konsumenten gehabt haben.“ Das ist zutreffend, denn es ist schon vor einiger Zeit bekannt geworden, daß die in Berlin errichteten Verkaufsstellen des sozialistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht gut arbeiten, so daß sie von dem Arbeitsminister Brauns eine Beihilfe von 25 Millionen Mark erhalten haben. Kein Wunder daher, wenn im allgemeinen unter der sozialistischen Arbeiterschaft trotz Partei- und Gewerkschaftszwang keine große Neigung besteht, den Konsumvereinen beizutreten. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine zählt ja auch nur 2 714 109 Mitglieder bei über 11 Millionen Wähler der sozialistischen Parteien. Sein Umsatz je Mitglied betrug im Jahre 1920/21 nur 1035 M, obgleich nach der Resolution der Konsumvereine ein viel weiteres Betätigungsfeld geöffnet ist, als es vorher der Fall war.

Obgleich also die Erfahrungen der Berliner Konsumgenossenschaft keineswegs günstige sind, so wird trotzdem von ihr die Ausschaltung der privatkapitalistischen Warenerzeugung und des privatkapitalistischen Warenverkaufes gefordert, wobei der Staat noch Helferdienste leisten soll.

Es ist ja auch hier so wie sonst bei den sozialistischen Parteien und wie es im Berliner Stadtparlament ein sozialdemokratischer Stadtverordneter angesichts der grauenhaften Defizite der Gemeindebetriebe aussprach: „Und wenn die Defizite noch mal so groß wären, so fordern wir doch die Sozialisierung!“

Emil Kloth.

Die Not der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Mit der Aufbesserung der Teuerungszulagen für die Staatsbeamten und Arbeiter haben die Teuerungszulagen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht Schritt halten können. Dadurch sind viele Kriegsopferfamilien in eine schwere wirtschaftliche Notlage geraten. Aus diesem Grunde hatte der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter

und Kriegshinterbliebener, Berlin NO 18, Abgeordneter Thiel (Deutsche Volkspartei) folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

„Aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, gleichviel, welchen Berufs und Parteien sie angehören, verstärken sich die Klagen über ihre wirtschaftliche Not. Angesichts der aller Erwartungen übersteigenden Teuerungswelle, die sich heranwölzt, steigern sich die Sorgen der Kriegsopfer zur Verzweiflung. Die anlässlich der Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten erfolgte Aufbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden von den Kriegsopfern und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich mit ihrem Schicksal befassen, als durchaus unzulänglich empfunden. Wir fragen daher: Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt und ist sie bereit, eine weitere Aufbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen binnen kürzester Frist herbeizuführen?“

Auf diese Frage ließ die Reichsregierung im Reichstage folgende Antwort erteilen:

„Bei der rasch zunehmenden Teuerung konnte die Reichsregierung nur dann laufende Teuerungszulagen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene baldigst zur Auszahlung bringen, wenn sie sich in den Grenzen der Mittel hielten, die der Reichstag für die Erhöhung der Teuerungszulagen der Beamten und der hieraus für andere Personenzulagen sich ergebenden Folgerungen zugewilligt hat. Aus dem damals vom Reichstag bewilligten Betrag hat die Reichsregierung dementsprechend 580 Millionen für die Verbesserung der Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen verwandt. Bei der Beschränktheit der Mittel konnten, wenn einigermassen wirksam geholfen werden sollte, nur die wirklich Notleidenden, d. h. die Schwerbeschädigten und die Hinterbliebenen berücksichtigt werden. Aber die Aufbesserung dieser Teuerungszulagen sind bereits Verhandlungen im Gange. Sie werden mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden.“

Mit der Aufbesserung der Teuerungszulagen für die Opfer des Krieges wird sich in diesen Tagen auch der 19. Ausschuss des Reichstages befassen. Als Mitglied dieses Ausschusses wird der Abg. Thiel (Deutsche Volkspartei) auch hier nochmals Gelegenheit finden, auf die geradezu katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegsopfer hinzuweisen.

Die Verbindung zwischen Streik und Verbrechen.

Während die Lebensmittellücke Tausende und aber Tausende von deutschen Bürgern und Arbeitern in ihrer Existenz bedroht, während der geregelte Lauf des politischen und öffentlichen Lebens an allen Enden durch gewalttätige Aktionen und wirtschaftliche Erschütterungen bedroht wird, während dabei das Gedächtnis der Allgemeinheit und jedes einzelnen in diesen kritischen Zeiten die Anspannung aller Kräfte und die rücksichtslose Ausmerzung aller mutwilligen Störenfriede der sozialen Gemeinschaft und der staatlichen Einheit verlangt, finden sich immer wieder ganze Gruppen von Personen, ja Parteien, denen es an den Anfängen des Chaos noch nicht genügt, sondern die durch Gewalttaten und Massenverbrechen das deutsche Volk in den Abgrund der Selbstzerfleischung und des Terrors stoßen möchten, um auf diese Weise einen Profit für die eigene äußerliche Person herauszuschlagen. Die Kommunisten putzen die Strafgefangenen auf und veranstalten die unwürdigen Auftritte zur Verherrlichung von Verbrechen, die von ihnen um jeden Preis zu politischen Märtyrern gestempelt werden sollen. Sie erhalten nun plötzlich eine tatkräftige Unterstützung von den Syndikalist. Den Syndikalist ist bis jetzt zu wenig gestreift worden; auch sind die Streiks zu ihrem Mißvergnügen

ohne größere Verbrechen verlaufen. Hier muß ihrer Meinung nach Abhilfe geschaffen werden. Das Organ der Freien Arbeiterunion Deutschlands, „Der Syndikalist“, hebt hervor, daß die Arbeiter viel häufiger streiken müssen; die wilden Streiks seien die einzigen richtigen Streikmethoden; es müßte alles drangelegt werden, zum Generalstreik zu gelangen, und zwar über die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinweg. Daneben geht eine Unterweisung, wie die Arbeiter durch die Streiks möglichst viel wirtschaftliche Schädigungen hervorrufen können. Das Blatt schreibt: „In Betrieben ganz besonders scharfmacherischer Ausbeuter haben es die Arbeiter, Arbeiterinnen, Verkäufer und Verkäuferinnen in der Hand, mit dem Material „großzügig“ umzugehen. Diese Sabotage kann geübt werden von Verkäufern, Rohrlegern, Elektrikern, Schuhmachern, Zuschneidern, Kellnern usw. Der Arbeiter, der dauernd von seinem Ausbeuter gestreut wird, braucht sich auch nicht zu scheuen, Putscharbeit zu leisten. Die Arbeiter der chemischen Industrie, die Elektromonteurs, die Bäcker, die Schneider, die Buchdrucker, die Maschinenschlosser, die Weber usw. brauchen nur ein wenig erfindertisch zu sein, um ihren „Brotherren“ fühlbaren Schaden zu bereiten. Diese Methode kann auch geübt werden nach bereits verlorenen Streiks. Wird's den „Siegern“ zu bunt, dann werden sie sich nachträglich noch zu Zugeständnissen bequemen.“ Also mit absichtlicher Materialverschwendung, mit Unterschlagungen und Putscharbeit, mit anderen Worten mit einer gewissenlosen Hemmung und Unterbindung der geordneten Produktion wollen die Syndikalist aus dem Elend der Gegenwart herauskommen und das Proletariat der Morgenröte des kommenden Tages entgegenführen. Sind die Arbeiter wirklich so einseitig zu glauben, daß durch die Erhebung der Gewissenlosigkeit zum Gesetz der chemischen oder Lebensmittelindustrie nur die „Brotherren“ und nicht in erster Linie die Allgemeinheit und die Arbeiter selbst geschädigt werden?

Der Beweis.

Eine Fabel.

Die Tiere hatten sich miteinander verbündet, um den Stier zu fangen. „Er hat mehr Kräfte als wir alle“, sagten sie. „Wenn wir ihn zwingen können, für uns zu arbeiten, so haben wir gute Tage.“ Und wirklich war es ihnen endlich nach langen Mühen gelungen, den Stier in eine Berghöhle zu treiben und auszuhungern. Nun fielen sie alle über ihn her und warfen ihm vor, wie unsozial er immer gehandelt habe, wie er durch seine Kräfte immer die besten Nahrungsstücke sich erobert habe, ohne sie verdient zu haben. Der Stier begriff das nicht recht, aber er dachte bei sich, daß sein Schuldbekenntnis sie freundlicher gegen ihn stimmen würde, und sagte: „Ja, fürwahr, ich habe übel an euch gehandelt, und aufrichtige Reue überkommt mich, wenn ich an mein vergangenes Leben denke. Darum will ich zum Zeichen meiner friedlichen Gesinnung mich meiner Hörner entledigen.“ Und er nahm seine Hörner ab und zerstampfte sie. Aber die Tiere schrien alle durcheinander: „Hört, hört, er hat es selbst eingestanden“, und verbreiteten das Schuldbekenntnis durch alle Welt, wodurch der Stier zu dem verachteten Geschöpf wurde.

Aber nun wurden die Tiere alle von Gier gepackt. Das eine wollte dies, das andere jenes von ihm gearbeitet und in Ordnung gebracht haben. Vor allem sollte der Stier die Saaten, die er bei seiner Flucht unerhörterweise zerstampft hatte, wieder in Ordnung bringen, bis sie einen greifbaren Erfolg ihres Kampfes sahen, und es wollte jeder ein Stück aus dem Leibe des Stieres herauschneiden, um es zu fressen. Umsonst versicherte der Stier, daß er dann sterben würde und sie dadurch seine Arbeitskräfte verlieren würden; sie schrien alle durcheinander, er könne diesen kleinen Verlust ganz gut vertragen, er sei ja so kräftig und werde immer noch arbeiten können, er wolle sich nur immer den ihm auferlegten Verpflichtungen entziehen. Dieser letzte Vorwurf traf den enthörnten Stier aufs tiefste, und er bedachte sich hin und her, wie er seinen guten

Willen zeigen und den Vorwurf entkräften könne. Nach langer Überlegung sprach er endlich: „Liebe Tiere, ich weiß, daß ich ein schuldbeladener Sünder bin und bin aufrichtig und reuevoll gewillt, meine Sünden zu büßen und, soweit dies in meinen Kräften steht, wiedergutzumachen. Ihr habt diesen meinen Willen angezweifelt und glaubt, daß ich meine Arbeitskraft behalten werde, wenn ihr Fleischstücke aus meinem Körper schneidet. Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen, und bin nach langer, reiflicher Überlegung auf einen Beweis gekommen, der euch euren Irrtum vor Augen führen wird: ich will euren Wunsch erfüllen und mir mein Fleisch selbst herauschneiden. Bleibe ich bei diesem Versuch leben, so habt ihr recht; sterbe ich, so habe ich recht.“ — Hier hört die Kabel auf und die Wirklichkeit fängt an. Gottfried Kösel. (Das Gewissen.)

„Den Finger drauf“.

Ein neuer Beitrag zur Schuldfrage.

In einer öffentlichen Versammlung, die die Deutsche Volkspartei im großen Saal der Börse in Frankfurt a. M. veranstaltete, und in der Reichstagsabgeordneter Gesandter a. D. v. Remnik über die Schuld am Kriege sprach, machte der Redner die Mitteilung, daß schon vor dem Kriege, im Jahre 1913, zwischen Wilson und England ein Abkommen in bezug auf den kommenden Weltkrieg getroffen wurde. Es handelte sich um keine attestmäßige Feststellung von diplomatischen Verhandlungen, sondern um ein sogenanntes Gentlemen-Agreement, d. h. eine Vereinbarung zwischen den leitenden Staatsmännern.

Danach sicherte Amerika England wohlwollende Neutralität und eine reichliche Versorgung mit Waffen und Munition zu. Als Gegenleistung verpflichtete sich England zu einem Desinteressement in Mittel- und Südamerika. Ferner sagte es Wilson jede Hilfe gegen seinen eigenen Verbündeten Japan zu, falls dieses die Vereinigten Staaten angreifen würde.

Wie Herr v. Remnik erklärte, war das auswärtige Amt trotz aller Bemühungen bisher nicht dazu zu bewegen, das hierauf bezügliche Beweismaterial zu veröffentlichen.

(Kölnische Volkszeitung Nr. 845, 20. November 1921.)

Aus der Partei.

Die Wahlkreisvorstände für Westfalen-Nord und -Süd hielten am 14. November in Bielefeld eine gemeinsame Sitzung ab, um zu der durch die preußische Regierungsbildung geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An die Referate der Landtagsabgeordneten Engberding, Münster und Parrer Meyer-Herford schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der die Haltung der preußischen Landtagsfraktion volle und einmütige Billigung fand. An den Abgeordneten Dr. Boelich, den neuen Kultusminister, wurde ein Beglückwünschungsschreiben gerichtet, ebenso ein Telegramm an den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Abgeordneten Dr. Böglert.

Reichsfrauentagung.

Veranlaßt durch erneute Anfragen machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Reichsfrauentagung am Sonnabend, den 3. Dezember in Stuttgart stattfindet, ebenso die Vorstandssitzung des Reichsfrauenauschusses. Die Tagesordnung bleibt dieselbe, alles Nähere wird noch mitgeteilt.

Hausfrauenkommission des Reichsfrauenauschusses.

Am 4. November fand in Berlin unter starker Beteiligung von Delegierten der drei Berliner Wahlkreise eine Sitzung der Hausfrauenkommission des Reichsfrauenauschusses statt.

Die Vorsitzende, Fräulein Dr. Lili Hauff, sprach über die Wichtigkeit dieser Kommission innerhalb

der Partei, die der Aufklärung der Hausfrauen sich widmen und sie zur Zusammenarbeit heranziehen soll. Den Hausfrauen soll Material, wie Gesehntwürfe, Verordnungen, Verfügungen und Erlasse, die auf die Hauswirtschaft Bezug haben, zur Verfügung gestellt werden; desgl. soll ihnen das statistische und volkswirtschaftliche Material, das sich auf diese Fragen bezieht, zugänglich gemacht werden, um eine sachliche Aufklärung gegenüber den vielfach stimmungsgemäßen Urteilen zu bewirken. Des weiteren hat Fräulein Dr. Hauff für die Mitarbeit der Hausfrauen in den bestehenden Hausfrauenverbänden eingeladen zum Zwecke des korporativen Zusammenschlusses; erst durch diese kann bestimmten Wünschen Nachdruck verliehen werden.

In der Diskussion unterstützte Frau Mühsam, M. d. R. W. R., diesen Wunsch der Referentin aufs dringlichste und gab aus ihren reichen Erfahrungen einige Programmpunkte für einen erspriesslichen Aufbau der Arbeit. — Auch Frau Mende, M. d. R., Deutsche Volkspartei, sprach über die Notwendigkeit des Eintritts der Frauen in die bestehenden Hausfrauenvereine und führte aus, wie wichtig eine Zusammenarbeit der Hausfrauen im Augenblick sei gegenüber den neuen Gesehen, die tief in das Familienleben und die Hauswirtschaft eingreifen.

Zahlreiche Diskussionsrednerinnen bereuhten durch ihre Ausführungen das rege Interesse, das für die behandelten Fragen in weiten Kreisen besteht.



Siegen.

Der von der Deutschen Volkspartei am Freitag, dem 18. 11., veranstaltete 3. „Deutsche Abend“, zu der man die Schauspielerinnen und Dozentinnen der akademischen Kurse, Fräulein Olga Seeler-Essen, gewonnen hatte, war ganz der deutschen Dichtung gewidmet. Mit warmem vaterländischem Empfinden hatte die Künstlerin ein so schönes und einheitliches Programm zusammengestellt, daß es eine Freude war, zuzuhören. Ihr erstes Gedicht „Deutschland und die Welt“ von Wildenbruch, wirkte mit seiner Wucht, seiner Klage und Zuversicht so, als sei es aus der heutigen Notzeit geboren: „Die Welt hat keine Seele, sie hat kein Deutschland mehr. — Du Land voll Blut und Wunden, die Unrecht schlug und Spott, dir blieb von allen Freunden ein einziger, dein Gott! Deutschland, du Land des Glaubens, halt' deinen Glauben fest!“ Diese Gedanken spann die Künstlerin weiter, indem sie angesichts des kommenden Totensonntags im Gedenken an die Opfer des Weltkrieges einfache, warme Worte von Walter Flex an die Gefallenen mit Herzinnigkeit vortrug. Sie ging weiter von dem Verlorenen zu dem, was uns geblieben, zu unseren Geisteswaffen, die, wie ein Gedicht von Marx Möller so schön ausspricht, unser Wanderstab „Ich darf“ und unser scharfes Schwert „Ich will“ heißen. Herr Bergschullehrer Hellmann sprach ein paar kurze Worte, feinsühlend auf den Vortrag von Fräulein Seeler eingehend. Er stellte das Wort Bismarcks voran, daß Vaterlandsdiebstahl Religion sei. Unter dem Eindruck seiner wuchtigen Führerpersönlichkeit habe Wildenbruch gestanden, als er seine vaterländischen Dichtungen schuf. Ein Wort sei aus Herrn Hellmanns Vortrag hervorgehoben: „Es fehlt uns nicht allein an Führernaturen, es fehlt auch bei den Geführten an dem nötigen Autoritätsgefühl.“ Nach Herrn Hellmanns Vortrag las Fräulein Seeler aus dem Festspiel von Eberhard König „Stein“ vor. Sie machte mit ihren Worten die Gestalten der damaligen Zeit lebendig, wo Führernaturen wie der westfälische Frei-

herr vom Stein und Dork versuchten, das Elend des Vaterlandes zu beseitigen. Ihre herrliche Zuversicht, ihre Gewissenskämpfe um das rechte Tun in des Vaterlandes Not packt uns, weil wir selbst in diesen Kämpfen stehen, tiefer und schmerzlicher als je. König hat das meisterhaft geschildert, Fräulein Seeler gab es so wieder, wie diese Dichtung nur gesprochen werden kann, mitempfindend bis zum innersten Herzen. Diesem Stücke, dem Höhepunkt des Abends, folgte eine satirisch bittere Betrachtung über die deutsche Einigkeit. Mit ein paar kurzen Gedichten von deutschem Trost, deutschem Mut und deutscher Unverzagtheit schloß der Abend. Fräulein Seeler's Vortrag war meisterhaft. Man fühlte, daß die Künstlerin selbst mit Leib und Seele bei der Sache war. Es lag über der Zuhörerschaft jene warme Stimmung, die merken läßt, das alle mitempfinden und erleben. Man dankte ihr und Herrn Hellmann mit herzlichstem Beifall.

Weidenau.

Der für den 26. November angesagte Familienabend der Ortsgruppe muß auf Samstag, den 10. Dezember, verlegt werden. An diesem Tage findet er nun bestimmt statt. Näheres darüber in der nächsten Nummer des Beobachters und in der Siegener Zeitung.

Müßen.

Am Samstag, dem 19. 11., veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der D. V. B. eine Versammlung, in der Herr Nitsche-Siegen einen sehr interessanten Vortrag über das Thema hielt: „Was verlieren wir in Oberschlesien“.

Daaden.

Am Sonntag, dem 13. 11., fand hier die Gründungsversammlung einer Ortsgruppe für den Bezirk Daaden statt, die gut besucht war. Herr Geschäftsführer Nitsche-Siegen hielt einen interessanten Vortrag über die politische Lage. Am Schluß der Versammlung trugen sich eine ganze Reihe Mitglieder in die aufliegende Liste ein. Der neuen Ortsgruppe ein Glück auf!

Altentkirchen.

Der Ortsverein Altentkirchen der Deutschen Volkspartei hielt am Samstag, dem 5. November, seine erste öffentliche Versammlung im Kaiser-Saal in Altentkirchen ab, die sehr gut besucht war und in der Herr Amtsgerichtsrat Dr. Lohmann, Weisburg, einen Vortrag hielt. In meisterhafter Weise entwarf der Redner ein Bild der außen- und innenpolitischen Lage des deutschen Volkes, und zeigte daran, wie die außenpolitischen Verhältnisse den allergrößten Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte des deutschen Volkes ausüben. Er beleuchtete den Friedensvertrag, besprach das Ultimatum, äußerte sich eingehend über das Unrecht, das Deutschland durch die Abtrennung von Oberschlesien geschehen ist, und welche furchtbaren Folgen sich daran anknüpfen werden. Innenpolitisch begründete er die Auffassung der Deutschen Volkspartei und ihre Stellung zu dem Gedanken der großen Koalition und sprach die Hoffnung aus, daß diese große Koalition auch im Reich zustande kommen möge, um so eine tragfähige Regierung zu schaffen, die bei den Stürmen der nächsten Zeit allen Anforderungen gewachsen wäre. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Zuhörer. Für die Ortsgruppe Altentkirchen bedeutet diese Versammlung einen großen Erfolg.

Hamm.

Die Anfang Oktober gegründete Ortsgruppe weist heute schon nahezu 100 eingeschriebene Mitglieder auf. Anfang Dezember wird die erste Mitgliederversammlung stattfinden, der genaue Zeitpunkt derselben wird noch bekanntgegeben werden.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Herrnstr. 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Herrnstr. 472). Gedruckt bei W. Köster, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

3. öffentl. Wintervortrag

zum Fellen fränkischer Kinder.

Montag, den 28. November 1921,
nachmittags 4 Uhr pünktlich*)

Vortrag

des Studienrats Dr. Kurt Hielscher aus Berlin-Friedenau
über

Das unbekannte Spanien
(Kunst, Landschaft, Volksleben — nach Lichtbildern
eigener Aufnahmen)

im großen Saale der Bürgergesellschaft.

Dauerkarten für noch 8 Vorträge 24 M., Einzel-
karten 5 M., für Schüler 2.50 M.

Die Inhaber von Dauerkarten werden freundlichst
gebeten, den durch die Saalmiete bedingten Anschlag
mit 8x50 Pfg. — 4 M. möglichst bald, jedenfalls vor
dem Vortrage, bei unserer Geschäftsstelle (Nathans
Zimmer 21) einzahlen zu wollen.

Der Verein Volkswohl.

*) Mit Rücksicht auf den Lettow-Vorbed. Abend
muß der Vortrag schon um 4 Uhr beginnen. Es
war unmöglich, eine der beiden Veranstaltungen auf
einen anderen Tag zu verlegen.

Eisern-Siegener Eisenbahn.

Binnentarif.

Ab 1. Dezember 1921 werden die zur Zeit geltenden
Tarifblätter des Güterverkehrs gemäß dem Vorgehen
der Reichsbahnen um 50 v. H. erhöht. Das alsbaldige
Inkrafttreten der Erhöhung gründet sich auf die vorüber-
gehende Änderung des § 6 der Eisenbahn-Verkehrs-
ordnung (R. G. Bl. 1914 S. 455).

Auskunft erteilt die unterzeichnete Direktion.

Siegen, den 21. November 1921.

Eisern-Siegener Eisenb.-Gesellschaft.
Die Direktion.

Das D. B. B. Nachrichtenblatt

muß in jedem Verein in mindestens einem Stück
gelesen werden. Es unterrichtet über alle wich-
tigen politischen Vorgänge, versorgt die Ver-
eine und Redner mit Stoff, bringt die
Ankündigungen und Mitteilungen der Partei-
leitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit

für alle Vorstände unentbehrlich.

Es wird nur an eingeschriebene Parteimit-
glieder geliefert; Bestellungen an die Reichs-
geschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.

Bezugspreis vierteljährlich 5,40 M. einschl. Bestellgeld.

Ausschneiden!

Ausfüllen!

Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich zum viertel-
jährlichen Bezugspreise von

Mark 4.50

einschließlich Postgebühren die
Wochenchrift

„Der Beobachter“
(Erscheinungsort Siegen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

In 40 Minuten verladefähig sind die mit meinem

Universal-Eisenlack

gestrichenen Materialien.

Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.

Preis: Im Faß Mark 6.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 6.40 per kg ab hier
ausschließlich Verpackung.

Wennemar Gatermann, Lack- und Kalkfabrik, Eisfeld (Siegl).

Stenographen-Berein „Stolze“ Siegen.

Der neue Anfänger-Kursus in

Stenographie

nach dem System Stolze-Schrey beginnt am Montag,
den 28. November 1921, abends 8 Uhr, in der
Bergschule in Siegen, letzter Eingang rechts von der
Post her kommend.

Anmeldungen werden am ersten Übungsabend und
von unseren Mitgliedern entgegen genommen.

Der Vorstand.

Städt. Lyzeum, Siegen.

Mittwoch, den 7., und Donnerstag, den
8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Saale
der Bürgergesellschaft:

„Der zwölfjährige Jesus“

Oratorium für Soli, 3st. Frauenchor, Streichorchester,
Klavier, Harmonium von Dr. Brede.

Mitwirkende:

Musik. Leitung: Herr Studienrat Dr. Erich Fliegner
Solisten: Fri. Herta Flick, Witten

„ Paula Lutz

„ Erna Adlung

„ Emmy Hammesfahr

Köln

Chor: Chor des städt. Lyzeums

Harmonium: Herr Studienassessor Fritz Loos,

Siegen

Klavier: Herr Architekt Karl Frey, Siegen

Streichorchester: Hiesige Musiker.

(641)

Eintrittskarten 1. Platz 10 M. } sämtlich numeriert

2. „ 8 M. } sind im Lyzeum zu haben, Texte an der Abendkasse.

Wandkalender der D. B. B. für 1922.

Format etwa 18x24 cm. Neuzeitlicher,
vierfarbiger Druck auf weißem Karton.
Preis 60 Pfg.

Die Vorderseite verinnbildet den
Segen deutscher Arbeit (Land-
wirtschaft, Handel, Gewerbe und
Industrie). Das Bild der Rück-
seite weist darauf hin, wie einst
unter dem Schutz der deutschen
Wehrmacht die deutsche Kultur,
Kunst und Wissenschaft blühten.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle der D. B. B.,
Siegen, Brüderweg 1.

„Der Beobachter“

ist in

Siegen
Kreuztal
Erndtebrunn
Kilna i. W.
Reinthal
Reinthal
Zinnentrop

Montanus, Filiale Kölner Tor 2
Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Bahnhofsbuchhandlung Montanus

läufig zu haben.

Wir bitten unsere Leser, bei Reiten von dieser Ge-
legenheit Gebrauch zu machen. Preis 30 Pfennig.

Installationsgeschäft.

Neuanlagen, Reparaturen u. Verlegung von
Zentralheizungen aller Systeme, Verlegen von
Rohrleitungen an Gas-, Wasser-, Dampf- und
sanitären Anlagen, werden ausgeführt.

Otto Vink, Siegen (Westf.),

Frankfurter Straße 23.

Das Reparationsproblem

von Dr. Otto Hugo, M. d. R.
Bestell-Nr. III.-11 Drahtwort: Schriftblem
Einzelpreis 50 Pfg., bei größeren Bezügen
Ermäßigung.

Inhalts-Übersicht.

1. Die Last der Reparation
2. Der jährliche Deckungsbedarf
3. Die Steuerpläne der Reichsregierung
4. Die Grenzen der Steuerleistung
5. Die Erfassung der Goldwerte
6. Die Auslieferung der deutschen Wirtschafts-
substanzen an das Ausland
7. Die Erschütterung der Wirtschaftslage
8. Die Goldbilanz
9. Die Umwandlung der Papierwerte in Gold-
werte
10. Die Sachleistungen an die Entente
11. Die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz
durch den Außenhandel
12. Die Einsparung an Einfuhrwerten
13. Die Steigerung der Produktion und Waren-
ausfuhr
14. Die Befreiung des deutschen Außenhandels
von der Außenhandelskontrolle
15. Die Einfuhrabwehr der Industriestaaten
16. Die handelspolitische Fesselung durch das
Ultimatum
17. Schlußfolgerung

Die kleine Flugchrift ist für jeden unent-
behrlich, der sich über das Reparationsproblem
unterrichtet und seine wirtschaftlichen, steuer-
lichen und politischen Auswirkungen überblicken
will.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 226

Postfachkonto: Berlin NW 7 Nr. 51 031

Drahtanschrift: Staatspolitischer Verlag

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1.